



über die 3. Sitzung
des Gleichstellungsbeirates
am Mittwoch, dem 26. November 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Ciecior
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Frau Jung
Frau Lungenhausen

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Lenkenhoff

Vertreter/Vertreterinnen der Gruppen und Verbände

Frau Blecher
Frau Bollmann
Frau Enss
Frau Firnrohr
Frau Schwerdtfeger
Frau Wennekers-Stute

Verwaltung

Frau Grothaus
Herr Lantin

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Frau Gerdes
Frau Gersmeier
Frau Jacobsmeier
Frau Kuru
Frau Raspotnig
Frau Scholz

Die stellvertretende Vorsitzende des Gleichstellungsbeirates, Frau **Lungenhausen**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Anwesenden.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Frauenförderplan 2004 bis 2006	235/2003
2.	Zuschusserhalt zur Finanzierung der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (KFF) hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

235/2003 Frauenförderplan 2004 bis 2006

Herr **Lantin** erläuterte den Bericht zum Frauenförderplan 2001 bis 2003. Zu Beginn korrigierte er in dem Bericht unter dem Punkt „Personalentwicklung“ die Zahlen zum Frauenanteil im gehobenen Dienst. Hier muss es korrekt heißen:

„Positiv ist hervorzuheben, dass der Frauenanteil im gehobenen Dienst von 41,3 % auf 44,1 % gestiegen ist.“

Frau **Lenkenhoff** bedauerte, dass Frauen bei den Beförderungen und Höhergruppierungen in den vergangenen drei Jahren nicht mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten berücksichtigt wurden. Sie erkundigte sich, ob für das Krankenhaus ebenfalls ein Frauenförderplan erstellt werde und ob z.B. die GSW als Tochter der Stadt nach dem LGG verpflichtet sei, einen Frauenförderplan aufzustellen.

Bezogen auf das Geschlechterverhältnis bei den Beförderungen und Höhergruppierungen gab Herr **Lantin** an, dass hierbei allein die Bewertung der jeweiligen Stelle ausschlaggebend sei, unabhängig von der Person, die diese Stelle ausübe und somit auch unabhängig vom Geschlecht. Für das Krankenhaus halte er eine möglichst zeitnahe Erstellung eines Frauenförderplanes für notwendig.

Frau **Grothaus** ergänzte, dass in Absprache mit dem Bürgermeister beabsichtigt sei, aufgrund der aktuellen drängenden Probleme die Aufstellung eines Frauenförderplanes für das Krankenhaus ins nächste Jahr zu verschieben, dann aber kurzfristig anzugehen.

Die Frage von Frau **Lenkenhoff** und den Hinweis von Herrn **Ebbinghaus** aufgreifend antwortete Herr **Lantin**, dass sowohl bei den Gemeinschaftsstadtwerken als auch bei der Sparkasse die jeweiligen Aufsichtsräte in der Verantwortung seien, Frauenförderpläne einzufordern.

Frau **Hartig** wies auf die insgesamt positive Entwicklung in den vergangenen drei Jahren hin und zeigte sich zuversichtlich, in den nächsten Jahren noch höhere Steigerungen der Frauenanteile zu verzeichnen.

Frau **Wennekers-Stute** bewertete besonders positiv die Durchführung einer Frauenvollversammlung und das Angebot verschiedener Teilzeitmöglichkeiten für die Beschäftigten. Sie fragte nach, welche Möglichkeiten es gebe, den Frauenanteil im höheren Dienst zu vergrößern.

Herr **Lantin** antwortete hierzu, dass in diesem Bereich kurzfristig keine gravierenden Veränderungen zu erwarten seien, insbesondere auch vor dem Hintergrund weiterer beabsichtigter Stelleneinsparungen im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept. Langfristig sei aber auch hier von einer Erhöhung auszugehen, da mit der Zunahme von Frauen im gehobenen Dienst hierfür die Grundlage geschaffen wurde.

Frau **Grothaus** ergänzte, dass sie sich als Gleichstellungsbeauftragte auch eine deutlichere Entwicklung wünschen würde, aber die realistischen Bedingungen anerkennen müsse.

Sie bestätigte die Aussage von Herrn Lantin, dass mit der Zunahme des Frauenanteils im gehobenen Dienst, insbesondere im Beamtenbereich, die Voraussetzungen für einen Aufstieg von Frauen in den höheren Dienst geschaffen wurden. Zukünftig müsse deshalb voraussichtlich auch das Thema „Teilbarkeit von Führungsfunktionen“ verstärkt aufgegriffen werden. Abschließend wertete sie den ersten Frauenförderplan als positiven Einstieg für das langfristige Ziel der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Stadtverwaltung Kamen. Sie zeigte sich optimistisch, diesen eingeschlagenen Weg mit dem Frauenförderplan 2004 – 2006 konsequent fortzusetzen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht über die Personalentwicklung und die durchgeführten Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die beigefügte Fortschreibung des Frauenförderplanes der Stadtverwaltung Kamen für den Zeitraum 2004 bis 2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Zuschusserhalt zur Finanzierung der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (KFF)
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau **Lenkenhoff** erläuterte, dass ihre Fraktion den vorliegenden Antrag zurückziehen werde und statt dessen über den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Finanzierung der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit abgestimmt werden solle. Inhaltlich unterscheide sich dieser Antrag nur darin von dem Vorhergehenden, dass angesichts der Landeskürzungen der Kostenanteil von 16.000,-- € auf 18.000,-- € heraufgesetzt werden soll.

Frau **Hartig** ergänzte, dass die SPD-Fraktion es für notwendig erachte, angesichts der angespannten Arbeitsmarktsituation, insbesondere für Frauen, das Angebot der KFF weiter vorzuhalten.

Frau **Grothaus** erinnerte daran, dass sie im vergangenen Jahr dem Rat der Stadt Kamen eine entsprechende Stellungnahme vorgelegt habe mit der Empfehlung, die KFF gerade im Zusammenhang mit der Umsetzung der „Hartz-Gesetze“ und den daraus resultierenden Nachteilen für Frauen weiter zu finanzieren. Sie teilte weiterhin mit, dass die Arbeit der KFF, auch wenn Kamen die vorgesehenen Finanzmittel in 2004 zur Verfügung stellt, nicht in der gleichen Qualität fortgeführt werden könne, da das Land NRW neue Fördermodalitäten festgelegt habe. Danach bekommt die KFF Unna/Kamen nur noch einen Landeszuschuss von 80.000,-- €, was eine Reduzierung der bisherigen Fördersumme um 52 % bedeutet. Diese Kürzungen werden voraussichtlich dazu führen, dass eine der beiden Projektleistungsstellen gestrichen werden müsse. Eine entsprechende Neuorganisation der Arbeit werde nach der endgültigen Entscheidung des Rates erfolgen.

Frau **Lungenhausen** ließ über den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Weiterführung der Finanzierung der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (KFF) im Jahre 2004 unter Beibehaltung des Haushaltsansatzes 2003 (HhSt. 020.56210) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1.1 Frau **Grothaus** verwies auf den Punkt 3.1.2 in der Niederschrift der letzten Sitzung des Gleichstellungsbeirates vom 09.07.2003. Hier sei vergessen worden, die VHS Bergkamen zu nennen. Es muss korrekt lauten:

„... Für den nächsten Lehrgang sei vereinbart, dass der Verein für Familiäre Kinder-Tagesbetreuung gemeinsam mit der VHS Bergkamen die erste Hälfte der Maßnahme anbieten und die VHS Kamen-Bönen im Herbst 2004 wieder einen vollständigen Qualifizierungslehrgang durchführen werde....“

- 3.1.2 Frau **Grothaus** berichtete über die 3. Fahnenaktion von TERRE DES FEMMES „frei leben – NEIN zu Gewalt an Frauen“ am 25.11.2003, an der sich die Stadt Kamen auch zum dritten Mal beteiligt habe. Nach dem Hissen der Fahne vor dem Rathaus habe eine Mitarbeiterin der Dortmunder Mitternachtsmission e.V. einen Vortrag über die Situation von Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind und zur Prostitution gezwungen werden, gehalten. Die Beteiligung der Stadt Kamen an dieser Aktion sei auch für das nächste Jahr vorgesehen.

- 3.1.3 Frau **Grothaus** teilte mit, dass das Land NRW für den Frauenbereich dramatische Kürzungen vorsehe. Im Kreis betreffen diese Einsparungen das Frauenforum im Kreis Unna e.V., speziell den FrauenNotruf und die Regionalstellen Frau und Beruf. Auf Landesebene habe hierzu die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW eine Resolution verabschiedet und auf Kreisebene der Gleichstellungsausschuss einen entsprechenden Brief an die zuständige Ministerin Birgit Fischer geschickt. Beide Schreiben sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- 3.1.4 Frau **Grothaus** gab die vorgesehenen Sitzungstermine des Gleichstellungsbeirates für 2004 bekannt:

02.03.2004
30.06.2004

- 3.1.5 Die VHS Kamen-Bönen bietet in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten ab Januar 2004 erneut das Seminar „Mehr Frauen für unsere Stadt“ kostenlos an. Da noch nicht genügend Anmeldungen vorliegen, bat Frau **Grothaus** die Mitglieder des Gleichstellungsbeirates, in ihren Gruppen nochmals auf dieses Angebot hinzuweisen.

3.2 Anfragen

- 3.2.1 Herr **Ebbinghaus** fragte nach, ob es in Deutschland ähnlich wie in England möglich sei, Fotos von Männern zu veröffentlichen, die ihre Frauen schlagen.

Frau **Grothaus** sagte eine Überprüfung zu.

- 3.2.2 Herr **Ebbinghaus** bat darum, in einer der nächsten Sitzungen des Gleichstellungsbeirates das Thema „Einheitliche Schulkleidung“ aufzugreifen. Einige Schulen in Deutschland, u.a. eine in Hamburg-Sinstorf, sollen damit bereits positive Erfahrungen gemacht haben. Das „Wir-Gefühl“ nehme zu, Marken-Kleidung spiele keine Rolle mehr und auch die Diskussion über das Tragen bauchfreier Oberteile sei beendet.

Frau **Grothaus** sagte zu, das Thema aufzugreifen und zu prüfen, für welche andere Ausschüsse dieses Thema ebenfalls relevant sein könne.

- 3.1.3 Bezogen auf die angekündigten Sparmaßnahmen für das Frauenforum im Kreis Unna e.V. seitens des Landes erkundigte sich Herr **Plümpe**, ob der FrauenNotruf nicht woanders angesiedelt werden könne, z.B. bei der Polizei.

Frau **Grothaus** antwortete, dass der FrauenNotruf ausschließlich von ehrenamtlichen Kräften geleistet werde, vorwiegend am Wochenende. Die ½ hauptamtliche Kraft, die nun gestrichen werden soll, sei zuständig für die fachliche Begleitung, z. B. für die Durchführung von Schulungen und das Nachbereiten von Notrufgesprächen. Hinzu komme, dass Frauen sich bewusst an das Frauenforum wenden und nicht an die Polizei oder eine andere Behörde.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Lungenhausen
Stellv. Vorsitzende

gez. Grothaus
Schriftführerin